



Gert G. Wagner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin/des Autors wieder.

Regierungsberichte können niemals unabhängig sein

Politisch kann man die Opposition sicherlich verstehen, wenn sie der Bundesregierung vorwirft, dass sie durch Änderungen und Streichungen das Manuskript des „Armut- und Reichtumsberichts“ gewissermaßen politisch entschärfen will. Der Vergleich der Fassung für die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung mit der jetzt vorliegenden überarbeiteten Fassung, die zur Stellungnahme an Verbände und Wissenschaftler geschickt wurde, zeigt: Bewertungen wie der Satz „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ wurden gestrichen, eine kritische Bewertung der Ungleichheit der Löhne wurde ersetzt durch die Behauptung, dass die Lohnentwicklung „Ausdruck struktureller Verbesserungen“ sei.

Dennoch: Manipulationen sind das nicht, denn es wurden keine Zahlen gefälscht. Vielmehr handelt es sich um unterschiedliche politische Bewertungen. Dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Wirtschaftsministerium nicht immer einer Meinung sind, ist kein Geheimnis und drückt sich in diesen Veränderungen des Entwurfs aus. Der Bundesregierung deswegen einen Vorwurf zu machen ist schwer nachvollziehbar. Denn dafür ist eine Ressort-Abstimmung ja da, dass sich einzelne Ressorts zu einem Bericht äußern können und am Ende ein Bericht der gesamten Bundesregierung – und nicht nur der eines bestimmten Ministeriums – steht. Dass ein solcher Abstimmungsprozess inzwischen praktisch öffentlich ausgetragen wird, weil Entwürfe frühzeitig der Öffentlichkeit „übergeben“ werden, ist ein politisch interessantes Phänomen, aus dem man aber wiederum gegenüber der Bundesregierung keinen Vorwurf ableiten kann.

Die ganze Aufregung verdeckt eine wesentlich interessantere strukturelle Frage: Wie sinnvoll sind eigentlich

derartige Regierungsberichte? Also Berichte, die einen Sachverhalt kritisch darstellen sollen. Wie etwa der Armuts- und Reichtumsbericht, aber auch der Kinder- und Jugendbericht, der Familien- oder der Altenbericht. Die eigentliche Frage lautet: Sollten solche Berichte und sachliche Bestandsaufnahmen nicht besser von unabhängigen Expertenkommissionen oder Sachverständigenräten erstellt werden als von der Regierung selbst, die definitionsgemäß politisch nicht unabhängig ist, und bestimmten Zwängen, wie eben einer Ressortabstimmung, unterliegt?

In anderen politischen Feldern, etwa der Wirtschafts- und Umweltpolitik, werden die großen Bestandsaufnahmen von unabhängigen Sachverständigenräten erledigt. Warum nicht auch auf den Feldern Sozial-, Familien-, Jugend- und Altenpolitik? Die Antwort lautet: Es gibt für diese Unterschiede im Berichtswesen keinen sachlichen Grund, sondern nur Zufälle der Tradition.

Es wäre gut, wenn Opposition und Regierung die jetzige Aufregung zum Anlass nehmen würden, sich Gedanken über die Gesamtarchitektur des Berichts- und Sachverständigenwesens von Bundestag und Regierung zu machen. Ein Vorbild könnte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein: Dessen Gutachten werden unabhängig von der Bundesregierung erstellt, und anschließend nimmt die Bundesregierung dazu Stellung. Aus dieser Spannung erwächst zumindest gelegentlich ein interessanter Diskurs, und das Regierungshandeln wird am Ende vom Sachverstand des Rates beeinflusst. Dass Regierungsberichte einen solchen Einfluss haben ist hingegen ein ganz seltenes Ereignis.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Dorothea Schäfer
Dr. Thure Traber

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.